

VORSTUFEN

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Der Profit hat sich erholt, aber

Ihr „Aufschwung“ bringt

Armut

Rekorde! Rekorde! Rekorde! 1984 haben nicht nur die Teilnehmer an den olympischen Spielen Superleistungen vollbracht. Aktionäre und Arbeitslose waren auch dabei.



Rekord Nr. 1: an der Börse wurde 1984 ein 24 Jahre alter Spitzen-Aktienkurs durchbrochen. Seit 1960 lag der höchste Aktienkurs bei 137,7 Indexpunkten, 1978 bei 114,2; aber 1984 kam der neue Gipfel mit 168,8. Die Börse hat sicherlich in Champagner gebadet...

Rekord Nr. 2: die Arbeitslosigkeit ist die höchste seit dem Krieg. 2,6 Millionen haben keine Arbeit. Der größte Teil davon, besonders die Jugend, ist ohne Hoffnung auf irgendwelche Beschäftigung. Der DGB ging 1984 von zusätzlich 100.000 Lehrstellen suchenden aus.

In einigen Städten sieht es aber noch schlimmer aus. In Paderborn sind 25% ohne Arbeit (bundesweit 9,4%). In Leer (Ostfriesland) registrierte das Arbeitsamt sogar 40% Arbeitsuchende!

Rekord Nr. 3: es gibt heute in der BRD ca. 80.000 Millionäre. Nur 10.000 davon sind Einkommensmillionäre, d.h. sie verdienen tatsächlich über 1 Million DM im Jahr (bitte das Wort „verdiener“ nur im einfachen Wortsinne zu verstehen). Die anderen 70.000 sind Vermögensmillionäre, d.h. darunter befindet sich noch so mancher nicht sehr Reiche, mit Grundbesitz und ein bis zwei Häusern, was bei den heutigen Preisen schon ein Vermögen von über 1 Million ausmacht. Die tatsächlichen Parasiten, die

nichts mehr tun außer die Kohle reinfliegen zu lassen, dürften den geringeren Teil dieser „Vermögensmillionäre“ ausmachen. Wir bewegen uns also buchstäblich auf eine Gesellschaft der „oberen 10.000“ zu.

Das dritte Jahr des Aufschwungs bedeutet für einige Superprofite, für andere Armut. Viele Arbeiter haben die Illusion, „wenn es denen da oben gut geht, geht es uns auch gut“, endgültig verworfen. Die Wirtschaft ist 1984 um 2,6% gewachsen. Sollte etwa nicht investiert werden? Die sogenannten „5 Weisen“ sagten uns voraus, daß die Investitionen in Anlagen und Maschinen 1984 um 6,5% steigen würden; tatsächlich stiegen sie aber nur um 0,5%!

Wenn überhaupt investiert wird, steigt die Produktivität durch Einsatz von Robotern und Computern. Anders gesagt: die Profite steigen, die Armut wächst. Wenn dies der Sinn und Zweck der kapitalistischen Gesellschaft ist, können wir auch ohne sie leben.

Ein sozialistisches Programm ist dringend nötig. Die 200 Großkonzerne und Banken haben sich als unfähig erwiesen, ein menschenwürdiges Leben für die große Mehrheit zu garantieren. Deshalb müssen wir ihnen die Schalthelme der wirtschaftlichen Macht aus der Hand nehmen.

Stuart Garvie, Köln

SPD „instandbesetzen“

Für eine sozialistische Opposition!

Die Affären der „christlichliberalen“ Koalition reißen nicht ab. Vom Flick-Skandal über die Lehrstellenlücke, zur Kleinting/Wörner-Affäre, vom Diamantenliebenden, Ex-FDP-Chef in Rheinland-Pfalz, Schöll, bis zur Umweltversuchenden Firma der Familie des Postministers Schwarz-Schilling mit dem schönen Namen „Sonnenschein“, wo man hinsieht, ein Sumpf!

Der miserable Zustand der Regierung sollte ein gefundenes Fressen für die Opposition sein. Doch was treibt die SPD in der Opposition?

Leider nicht viel. Ansätze zur Opposition kommen eigentlich oft nur von den Grünen, denen jedoch auch eine grundlegende Perspektive fehlt (siehe auch Artikel Seite 3).

Mäntelchen des Vergessens

Unsere Parteiführer, besonders in der Fraktion, sind vor allem darauf bedacht, die letzten Jahre der Regierungsverantwortung vergessen zu machen. Sie wollen sie aber von dieser Politik auch nicht distanzieren. Deshalb sind sie z.B. eifrig bemüht, die FDP heute als Wirtschaftspartei

hinzustellen; vor Jahren dagegen sei diese Partei liberal und koalitionsfähig gewesen. Doch die FDP war schon immer die kleine Partei des großen Kapitals, wiewohl zuletzt die Flick-Zuwendungen z.Zeit der sozialliberalen Ära bewiesen. Ihre Aufgabe war es, allzu ehrgeizige Reformbestrebungen der SPD-Basis aus der Regierung fernzuhalten.

Organisations-schwäche?

Bei der Untersuchung der Gründe für die mißliche Lage der SPD wurden schon die verschiedensten Begründungen hervorgehoben:

- Die Rechten sehen, die Hauptgefahr in einem Bündnis mit den „staatsfeindlichen“ Grünen, im Abdrücken von der Linie Hermut Schmirde.
- Hans-Jochen Vogel beklagt dagegen die mangelnde „Kampagnefähigkeit“, will den Apparat stärken und die Sekretäre mehr schulen.

Sicher ist die SPD zur Zeit nicht kampagnenfähig. Aber woher sollte sie auch eine Kampagne aufziehen? Für ein kräftiges „Sowohl — als auch“ in der Wirt-

schafspolitik? Für ein entschiedenes „einerseits — andererseits“ in der Sozialpolitik? Wo hat die Partei ein klares Konzept, eine deutliche Alternative zum kapitalistischen Chaos entwickelt?

Politische Schwäche!

Die Partei ist zur Zeit nicht glaubwürdig nach außen — Unzufriedenheit herrscht im Innern (siehe auch Interview Seite 8). Dieser Zustand wird sich auch nicht ändern, bevor sich nicht die politischen Inhalte geändert haben.

- Für einen klaren Bruch mit der vergangenen Politik der kapitalistischen Krisenverwaltung
- Kampf für eine absolute Mehrheit — ohne Schielen nach Koalitionspartnern — auf der Grundlage eines sozialistischen Programms
- Für die Überführung der Großkonzerne und Banken unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung als Kern eines Wirtschaftsprogramms und Voraussetzung für jede weitere Reformpolitik.

Sue Powell, Hamburg
SPD-Mitglied

VORAN zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung
für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft

Erscheint im zehnten Jahrgang

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln
Telefon: 0221/ 13 45 04

Bankverbindung: Pecha Essen, Konto Nr. 2500 59-430

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Olinger
Druck: Farb-Druck, Bischofsweg 48-50, 5000 Köln

Immer da oben ... immer da unten

Verzicht

Um die Weihnachtszeit war es mal wieder so weit: Würdenträger von Staat und Kirche riefen zur Solidarität auf. „Solidarität ist doch eine gute Sache“, werden Viele sagen. Die hohen Herren betonen, daß Solidarität immer mit Verzicht verbunden sei.

So rief der Kardinal Höfner die Arbeiter und Angestellten zugunsten der Arbeitslosen zum Verzicht auf fünf Stunden Arbeit pro Woche und auf den Lohn für diese fünf Stunden auf. „Eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich wurde auch der Wirtschaft nicht schaden“, meine Höfner. Richtiger wäre es gewesen, hätte er statt „Wirtschaft“, „Kapitalisten“ gesagt, denn die würden keinen Pfennig ihrer Profite freiwillig für die Arbeitslosen opfern. Wie wäre es, wenn der Kardinal mit gutem Beispiel voranginge und auf seine Stelle verzichten würde? Der überwiegende Teil der Menschheit würde diesen Verlust verkraften, und aus den Einkünten dieses Gottesdieners lägen sich sicher mühelos mehrere Arbeitslose finanzieren.

Doch es ist zu befürchten, daß dem Herrn Kardinal der Verzicht auf seine göttlichen Privilegien arg schwer fallen würde.

„Uns predigen sie Wasser — sie selbst trinken Wein.“

Helden

Unter dem Titel „Profile der Courage“ kürte die Springer-Zeitung „die Welt“ wie jedes Jahr „Menschen, die 1984 ein Beispiel gaben“. Dabei gingen sie sowohl auf den Kampf der britischen Bergarbeiter für ihre Arbeitsplätze als auch auf den Freiheitskampf des nicaraguanischen Volkes ein. Allerdings anders, als wir uns das gewünscht hätten: Mit der Überschrift „Mut zu sich selbst ist das Credo der politischen Führung“ beginnt eine Lobrede auf Ronald Reagan, der gewiß einiges an Mut braucht, um so frech gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker vorzugehen. Wer wundert sich noch, daß das Beispielhafte, was, die „Welt“ im britischen Bergarbeiterstreik beobachten kann, die Streikbrecher sind...

Doppelverdiener

In letzter Zeit taucht immer wieder ein Begriff auf, der bei vielen Verwirrung stiftet und oftmals falsch definiert wird: Doppelverdiener.

In der Sprache der Bundesregierung sind Doppelverdiener Ehepaare, wo sowohl der Mann als auch die Frau erwerbstätig sind. Komische Definition, nicht? Denn in diesem Fall verdienen weder Mann noch Frau doppelt, beide verdienen einfach. Ganz im Gegensatz zu manchen Mitgliedern dieser christlichen Koalition: Wiedle Flick-Affäre zeigte, begnügen sich viele Abgeordnete nicht mit ihrem einträglichen Einkommen aus den bescheidenen Bundestagsdiäten...

Da gehen doch Manager, Direktoren und Unternehmer mit besserem Beispiel voran. Ihre Frauen haben es nicht nötig, mit arbeiten zum gehen. Ihnen reicht der einfache Profit.

Finanznöte

Um uns über ständige Streichungen im Sozialen Netz hinwegzuhelfen, empfahlen uns die führenden Köpfe der Regierung immer: Solidarität. Der Arbeitsbesitzenden mit den Arbeitslosen, der Eltern mit ihren Kindern ohne Lehrstellen, der Frauen mit ihren Männern...

Sie gehen da mit gutem Beispiel voran. Herr Flick sorgt dafür, daß Barzel nicht auf den Champagner verzichten muß, und auch die FDP läßt die Ihren nicht im Stich. Nachdem sich Herr Schnoll Finanzteilung etwas übernommen hatte (seine Firma nannte es Veruntreuung und entließ ihn), half kurzzeitig der Job des FDP-Fraktionsvorsitzenden (10.300DM monatlich) aus der dringenden Finanznot.

Leider war er den Anforderungen dieses Postens nicht gewachsen (vielleicht ließ ihm das Brilliantenputzen zu wenig Zeit dazu...) und mußte gehen, aber CDU-Vogel und die FDP tun alles, um dem Freund in Not hilfreich unter die Arme zu greifen: Sie bemühen sich für ihn um Staatssekretär-Posten, Vorstandsjobs bei „Provinzial“, Luthhansa, Beraterverträge mit der „Deutschen Anlagelasing“.

Jedoch reichen auch die zusätzlichen 7900 DM Leibrente monatlich nicht aus, Scholls gewohnten Lebensstandard zu sichern (zum Beispiel gleichzeitig einen 450 SEL und ein Mercedes-Sportcoupe). Mit Unterstützung der rheinland-pfälzischen Landesregierung kriegt er einen dicken Kredit. Da kann er es doch gar nicht gewesen sein, der den Millionen - Schmuck kauft...

KAMPFONDS

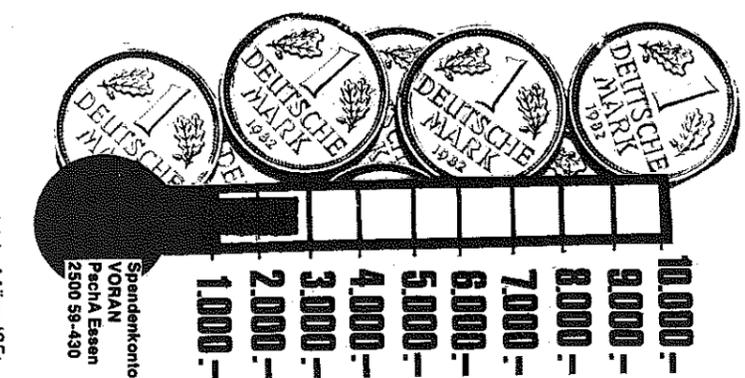
Sondersammlung

Spendenrekord: 27.900,- DM!

VORAN zu noch größeren Erfolgen

Auch für unsere Zeitung markierte 1984 eine gewisse „Wende“ im 10. Jahr ihres Bestehens. Wir zogen aus der „Provinz“ nach Köln um, was doppelt und dreifach höhere finanzielle Belastungen bedeutete. Aber 1984 war auch in dieser Hinsicht ein Jahr der Glanzleistungen! Noch nie hatten wir uns ein so hohes Spendenziel gesteckt: insgesamt DM 28.000,-, und wir haben es mit DM 27.909,48 so gut wie erreicht.

Besonders eifrig wurde in den letzten 6 Wochen des Jahres gesammelt, nämlich: DM 7.006,81. Lag's an der traditionellen wohnachtlichen Großzügigkeit oder an der Einsicht unserer Leser, daß ohne Geld eben nichts läuft? U.a. haben folgende Leser gespendet:



Außerdem wurden einige Sonderaktivitäten zur Aufstockung unseres Kampffonds veranstaltet: Z. B. Haarschneiden und Es-

Zwischenziel bis März '85:
DM 10.000,-

LESERBRIEFE

könnte. Ein Vorschlag, die Mieten zu halten, um die Mangelware dort zu halten, wurde abgelehnt. Eine ihre Blüte der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Dorothea Kirschbaum, Köln
SPD-Mitglied

Reformen

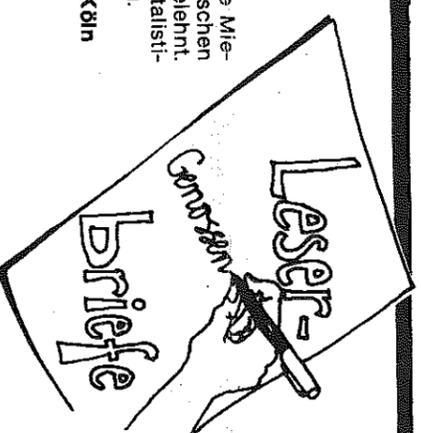
Liebe Genossen!

„Was können Sozialdemokraten verschiedener geistiger und religiöser Herkunft in Konsens über ihre Vorstellung von Menschen sagen, ohne damit ein bestimmtes Menschenbild durch Mehrheitsbeschluß zum Menschenbild der Partei zu erheben?“ Oder: „Ist unsere Gesellschaft noch eine Klassengesellschaft?“ Oder gar: „Wie könnte das Thema Vermögensbildung nach 16 Jahren sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung glaubhaft neu aufgegriffen werden?“ Das sind die Fragen, die den aufgeschlossenen Sozialdemokraten berühren. Entnommen dem „1. Fragekatalog der Programmkommission“. Das läßt Schlimmes erwarten.

Willy meint die Kernaussagen von Godesberg müßten untermauert werden. Überhaupt: bei aller Erneuerung will man nichts Grundständliches ändern.

Ganz anders 1959: Marxens alte staubige Büste wurde damals von pfiffigen Genossen im leicht erblindeten Schaufenster der Partei entdeckt. Jetzt wurden die Arme! hochgekempelt, der revolutionäre Staubwede! beseitigt und eine Erklärung an den Mittelstand, daß er sich nun nicht mehr vor der SPD erschrecken müsse, vor das Schaufenster geklebt oder gelimt. Sie nannten diese Erklärung Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bekannt als Godesberger Programm.

Herr Mittelstand würdigte dies prompt bei den Wahlen. Herr Mittelstand ist nämlich ein toleranter Mensch, der bestimmt nichts gegen „demokratische Soziali-



sten“ hat. Die Marx-Büste ist seitdem im Hause SPD nicht mehr aufgetaucht.

Inzwischen war man in den Programmkommissionen der SPD nicht faul. Es wurden verschiedene mittelfristige Aktionsprogramme präsentiert, die das Godesberger Programm ergänzen sollten. So 1968 „Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren“, 1970 beschloß der Parteitag, ein „langfristiges gesellschaftliches Programm“ zu erarbeiten. Nach zweijährigen Diskussionen folgte der 1. Entwurf des Langzeitprogramms Orientierungsrahmens '85.

„Ein schlussichtiges Programm sozialer Reformen kann auf wirtschaftliches Wachstum nicht verzichten. Ohne wirtschaftliches Wachstum wäre unser Programm zum Scheitern verurteilt.“ Das heißt jetzt nicht, daß die Sache zum Scheitern verurteilt war. Man halte es nur wie Helmut Schmidt, der von Nullwachstum und Minuswachstum zu berichten weiß. Hauptsache Wachstum, denn wir wissen, daß ein schlussichtiges Programm auf Wachstum nicht verzichten kann.

Trotz genügender Mängel wurde eine neue Kommission gebildet, die die Arbeit am Orientierungsrahmen '85 fortsetzen sollte. So entstand, was keiner erwartete: der „zweite Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975-1985“. Verringertes Wirtschaftswachstum erschwerte Reformpolitik, macht sie aber nicht unmöglich. So sei es, so haben wir es erlebt...

Stefan Fisahn, Stuttgart
Jungesozialist

Grüne Wahlerfolge, aber:

Ohne Arbeiterbewegung läuft nichts

Mit den Grünen ist vor zwei Jahren erstmals seit den 50er Jahren eine neue Partei in den Bundestag eingezogen. Seither haben sie weitere spektakuläre Erfolge verbucht: 8% bundesweit bei der Europawahl, weit über 10% bei der Kommunalwahl in baden-württembergischen Großstädten; in Tübingen lagen sie mit über 20% sogar knapp vor der SPD. Vom Wählerpotential her haben die Grünen mittlerweile die FDP als „dritte Partei“ abgelöst.



Bunderversammlung '84 der Grünen: Spaltung verlagrt

Viele Jugendliche hatten den Grünen zugute, daß sie frischen Wind in den Bundestag gebracht haben und dort brennende Probleme angesprochen haben, die sonst von den etablierten Parteien, einschließlich der SPD, unter den Teppich gekehrt worden wären: Volkszählungsboykott, 35-Stunden-Woche, Giftgasskandal in Indien usw. Im Flick-Ausschuß hat sich der Grüne *„schilly“* weit mehr profiliert als alle SPD-Vertreter zusammen. Kein Wunder: denn wären nicht auch 4,5 Millionen Flick-Gelder in Richtung SPD geflossen, dann hätte die SPD den Sturz Barzels zum Anlaß nehmen können, um eine Massenkampagne zum Sturz der Kohl-Regierung einzuleiten.

Die jüngsten Erfolge der Grünen werfen die Frage auf: Woher kommen sie, was stellen sie dar, was für eine Zukunft haben sie?

Wurzeln der Grünen

Vorläufer der Grünen waren seit Mitte der 70er Jahre die „neuen sozialen Bewegungen“: Bürgerinitiativen, Bewegung gegen die Atomkraftwerke, Jugendbewegung, Häuserbesetzer, alternativer Lebensstil, Frauenbewegung, Umwelt- und Friedensbewegung.

Das Etikett „neu“ soll diese Bewegungen in den Augen ihrer Führer und Aktivisten hauptsächlich von der „alten“ und „klassischen“ sozialen Bewegung, nämlich der Arbeiterbewegung, abgrenzen. Weil in den letzten zehn Jahren die organisierte Arbeiterbewegung noch relativ passiv blieb und die Streikwellen von 1978/79 und 1984 sowie die Betriebsbesetzungen der letzten Jahre vom Gewerkschaftsapparat noch „unter Kontrolle“ gehalten und nicht ausgeweitet wurden, hatte die Arbeiterbewegung ihre traditionelle Rolle als treibende Kraft in der Gesellschaft **scheinbar** verloren. Verstärkt wurde dieser Eindruck dann noch, als die SPD- und DGB-Führung sich für Atomstrom, Raketenstationierung und Startbahn West stark machte und dies mit dem Argument „Arbeitsplätze“ rechtfertigte.

Die Grünen genießen bei manchen Jugendlichen den Ruf einer „linken“ Alternative zur SPD. Eine Reihe ihrer Aktivisten war in den 70er Jahren in der SPD und ist aus Protest gegen die unter Helmut Schmidt eingeschlagene Regierungspolitik ausgetreten. Andere haben sich in den 70er Jahren erfolglos in maoistischen

K-Gruppen engagiert. Etlliche Jugendliche sind aber auch bei den Grünen, weil sie sich von der Politik der SPD- und Gewerkschaftsführung abgestoßen fühlen und bei der offiziellen SPD-Linken, wie etwa der Jusoz-Führung, keine klare Alternative erkennen können. Insofern gibt es die Grünen überhaupt nur deshalb, weil die SPD-Führung bis jetzt mit ihrer Politik Teile der Jugend abgestoßen hat und die SPD-Linke, dagegen keine klare Alternative abgeboten hat.

Strömungen

Während die Grünen gegenwärtig eher als links gelten, sind sie doch ein Zusammenschluß verschiedenster gegensätzlicher Strömungen. Zu ihnen gehören auch durch und durch bürgerliche Elemente wie Ex-General Bastian, der frühere Nazi-Werner Vogel und Ex-CSU-Mitglied Haußleiter — vor allem aber viele gutgestellte Beamte und Mittelschichtler, die die tagtäglichen Sorgen der Arbeiterklasse nicht kennen und es sich leisten können, „postmaterialistische“ Werte zu suchen. Auf dem Hamburger Parteitag Ende 1984 konnte

feststellen, daß die grüne Bewegung an sich nichts völlig Neues ist. Schon in den 20er Jahren gab es Vorläufer der heutigen Grünen: Deutsche Bewegung, „Grüner Spartakus“, Wandervogel, Lebensreformbewegung, An-throposophen — alles Bewegungen, die von der Industriegesellschaft weg wollten und sich auch auf dieselben sozialen Schichten stützten wie die heutigen Grünen: Lehrer, Sozialpädagogen, Künstler und Studenten.

Kleinbürgerlich

Natürlich ist es bemerkenswert, daß auch Teile des Kleinbürgertums gegenwärtig nach links tendieren und sich in wichtigen Fragen von der herrschenden Klasse distanzieren. Dies deutet an, daß sich das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zu Ungunsten von Großkapital und Reaktion verschoben hat. Aber auf Dauer müssen sie sich klar für eine der beiden Hauptklassen in der Gesellschaft entscheiden. Die Polarisierung zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse wird alle Lebensbereiche erfassen und auch zu einer Polarisierung der Grünen führen.



Auch die Grünen kommen an der SPD nicht vorbei

nur durch Vertagung eine Spaltung vermieden werden — zwischen den „Realpolitikern“, die eher eine Zusammenarbeit mit der SPD anstreben, und den „Fundamentalisten“, die eigentlich gar keine Perspektive der Machtübernahme haben.

Für etliche Jugendliche sind die Grünen ganz einfach „linker“ und „besser“ und „konsequenter“ als die SPD. Bezüglich der gegenwärtigen SPD-Führung mag dies oft stimmen. Aber Marxisten beurteilen Parteien und Bewegungen nicht nur nach einzelnen Aktionen und Erklärungen. Bei genauerer Betrachtung der Geschichte läßt sich auch

Manche Elemente im Wirtschaftsprgramm haben auch eine offen rückschrittliche Stöb-richtung. So etwa die Forderung nach Abkehr vom Wachstumsstreben, von industrieller Großtechnologie und Groborganisa-tion, nach Entflechtung, Einrich-tung von Genossenschaftsbetrieben und Förderung von Kleinbetrieben. Dies kann aber nichts anderes heißen als die Wiederholung der Wirtschaftsentwicklung der letzten 150 Jahre. Angefangen von zahlreichen Kleinbetrieben würde sich der Konkurrenzkampf noch einmal auf primitiver Stufe entfalten und bei der Vorherrschaft weniger

Großkonzerne enden! Aber nicht Großtechnologie und Massenproduktion sind das Hauptziel — sondern die Beherrschung der Wirtschaft durch höchstens 200 Großkonzerne, Banken und Versicherungen! Die Konsequenz kann nur sein: Gemeineigentum an Produktionsmitteln, Arbeiterkontrolle im Betrieb und Arbeiterverwaltung in der Gesellschaft. Nicht der Verzicht auf modernste Technologie, sondern ihr konsequenter Einsatz unter der Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung bringt eine drastische Verringerung der Arbeitszeit für alle ohne Lohnverlust auf 30, 20 oder noch weniger Wochenstunden möglich — und damit eine ganz andere Lebensqualität. Ebenso ist die Technologie für den Umweltschutz bei Großproduktion aber bei den gegenwärtigen kapitalistischen Macht-, d.h. Eigentumsverhältnissen nicht ein-gesetzt!

Das Übel heißt Kapitalismus

Andere grüne Wirtschaftsforderungen sind jedoch auch ideologisch mit denen des DGB: mehr Mitbestimmung, öffentliche Investitionsprogramme, Ergänzungsabgabe für Höherverdienende, Kürzung der Rüstungsausgaben usw. Doch eine Perspektive zur Umsetzung dieser Forderungen fehlt — bis auf folgende:

„Wir vertrauen darauf, daß der Wunsch nach einer anderen Art zu arbeiten und zu leben die große Mehrheit ergreifen wird und daß diese Mehrheit stark genug sein wird, der sich entgegenstellenden Minderheit die Überlegenheit einer Wirtschaft begründlich zu machen, die nicht mehr sich selbst, sondern ökologische und soziale Bedürfnisse zum Ziel hat.“

Mit anderen Worten: Wir vertrauen darauf, daß der Tiger zum Vegetarier wird und sich nach und nach die Zähne ziehen läßt! Doch gerade diese trügerische Hoffnung, daß die Herrschenden eines Tages die Schädlichkeit ihres Treibens erkennen und freiwillig und „gewaltfrei“ auf Besitz, Macht und Privilegien verzichten, hat in diesem Jahrhundert unzählige Menschenleben gekostet.

Für die Masse der Arbeiter und ihrer Familien werden Arbeitslos-

sigkeit und sinkender Lebensstandard in den nächsten Jahren das größte Problem sein. Gerade in den traditionellen Industriezentren und Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit genießt die SPD weiterhin die breite Unterstützung von Arbeitern und Jugendlichen: Ruhrgebiet, Bremen, Hamburg, Ostfriesland, Saarland.

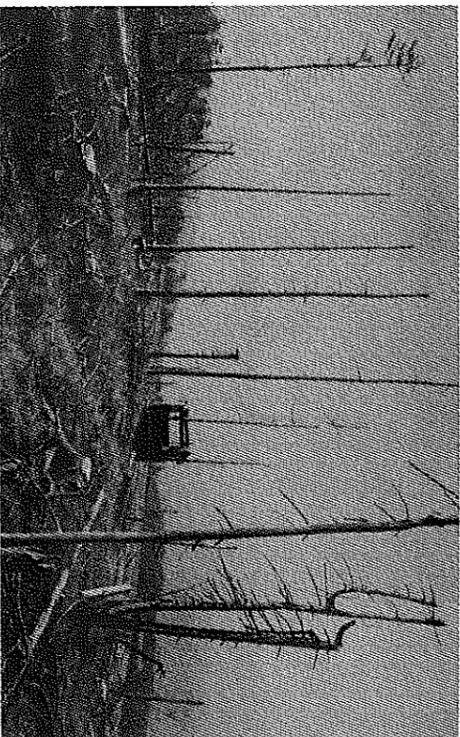
SPD bleibt Arbeiterpartei

Durch die spektakulären Wahlerfolge der letzten Zeit dürfte inzwischen wohl jeder zweite aktive Grüne in die Arbeit von Kreisvorständen, Ausschüssen, Parlamenten, Fraktionen und kommunalen Gremien eingebunden sein. Dies wird den Trend zur parlamentarischen Abnutzung und zu „realpolitischen“ Kompromissen verstärken.

In den kommenden Monaten und Jahren werden Massenarbeitslosigkeit, drohende Verarmung und sinkender Lebensstandard die Arbeiterbewegung zum Widerstand zwingen. Streiks, Betriebsbesetzungen und andere Kampfformen sind vor allem in den industriellen Ballungsgebieten unvermeidlich und werden die ganze Gesellschaft prägen. Die Gewerkschaften und später die SPD werden sich von unten her aufrischen und erneuern. Linke Massentügel werden entstehen und jugendliche linke Nachwuchsführer werden diese Stimmung ausdrücken und weiter anheizen.

Angesichts bevorstehender sozialer Explosionen zeigt die gegenwärtige SPD- und DGB-Führung ebensowenig einen Ausweg auf, wie das Programm der Grünen. Auch offizielle SPD-Linke, wie Latontaine, Eppeler oder der Jusoz-Bundesvorstand, haben keine klare Perspektive anzubieten. Nur durch die Abschaffung der kapitalistischen Herrschaft und den Aufbau einer echten sozialistischen Demokratie können heutzutage Arbeit für alle, gesicherter Lebensstandard, die Rettung der Umwelt und Abrüstung garantiert werden. Ein solches Programm, wie es VORAN vertritt, müssen wir in den Organisationen durchsetzen, die die Massenbasis zur Veränderung der Gesellschaft haben: SPD und Gewerkschaften.

Hans Gerd Olfinger, Remscheid



Der Wald stirbt

Einzigste Medizin: Demokratie

Spätestens seit der „Verband Deutscher Waldbesitzer“ den Aufstand provoziert, wird die Sache auch in den Massenmedien aufgegriffen: Der deutsche Wald, zu 50% im Privatbesitz, stellt einen Vermögenswert von 200 Milliarden DM dar. Die Waldbesitzer bejammern Schäden und Verluste in Höhe von 10 Milliarden DM in den letzten 10 Jahren und befürchten den Verlust der restlichen 190 Milliarden im nächsten Jahrzehnt. Wahrscheinlich kein Pappentstich: Am Wald und an der Holzindustrie hängen in der BRD fast eine Million Arbeitsplätze.

Der Säuregehalt im bayerischen Regen übertrifft stellenweise den von Zitronenwasser. Das hält selbst der beste Stahlbeton nicht aus: die Schäden an Gebäuden und Brücken betragen bundesweit über 5 Milliarden DM.

Ginge es bloß darum, mit dem Wald eine Idylle für den Spaziergänger zu retten, wäre vielleicht alles halb so schlimm. Idyllen sind nicht unbedingt überbenswichtig. Aber der Wald ist es: ohne seine Funktionen als Luftfilter, Sauerstoffrenner, Wasserspeicher, Klimaregulator und Windfang wäre der Planet Erde bald schnell auf die Bevölkerungsdichte des Mondes zurückgerutscht.

Grüne und Naturschützer werfen dem Marxismus vor, er predige eine blinde Fortschrittsgläubigkeit, er hätte keine Ahnung von den drohenden ökologischen Katastrophen. „Erst die Umwelt wieder in Ordnung bringen - der Sozialismus kann warten, wenns ums Überleben geht“, so lautet die Parole.

Was aber, wenn die Umwelt im Rahmen des kapitalistischen Systems gar nicht in „Ordnung“ gebracht werden kann? Wenn der Raubbau an der Natur zu den obersten Existenzbedingungen der Profitwirtschaft zählt, wie wollen wir dann diesen Raubbau stoppen, ohne gleichzeitig die Herrschaft des Geldes über Wirtschaft und Natur anzutasten? Es mag sein, daß manche, die sich auf den Marxismus berufen, wirklich „blind fortschrittsgläubig“ sind. Marx und Engels selbst kann dieser Vorwurf kaum gemacht werden.

Bereits in den ersten Sätzen des „Kommunistischen Manifest“ ist der Gedanke festgehalten, daß „der gemeinsame Untergang“ aller Klassen in der bisherigen Geschichte ebenso

vor- kommt wie „eine revolutionäre Umgestaltung der ganzen Gesellschaft“. Diese Auffassung herrschen durch den Zugang der Herrschenden in Ost und West zum roten Knopf, der die Atombombe auslösen kann, eine unvermutete Aktualität. Trifft das nicht auch auf die sich anbahnenden Umweltkatastrophen zu?

Marx und Engels erkannten durchaus, wie zweischneidig die Entwicklung der Produktivkräfte sein kann, solange sie auf der Grundlage des Kapitalismus stattfindet: Hier einige Beispiele: „Diese Produktivkräfte erhalten unter dem Privateigentum eine nur einseitige Entwicklung, werden in ihrer Mehrheit zu destruktiven (...)“. In der Entwicklung der Produktivkräfte tritt eine Stufe ein, auf welcher Produktionskräfte und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche unter den bestehenden Verhältnissen nur Unheil anrichten, welche keine Produktionskräfte mehr sind, sondern Destruktionskräfte (...)“.

Ruin

(...) jeder Fortschritt in der kapitalistischen Agrarkultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu bebauen, jeder Fortschritt in der Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeit zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit (...). Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die mo-



Kalkung eines Waldes: Filkschusterei - aber keine Lösung

derne Technik (...), indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“

Aber wußten Marx und Engels auch konkrete Beispiele für die verheerenden Folgen unbedachter menschlicher Eingriffe in die Natur zu berichten? Zuhäuf!

Eingriffe

„Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderwärts die Wälder ausröten, um erbautes Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Veränderung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungszentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen.“

„Die Italiener der Alpen, als sie die am Nordhang des Gebirges so sorgsam gehegten Tannenwälder am Südhang vernutzen, ahnten nicht, daß sie damit der Sennwirtschaft auf ihrem Gebiet die Wurzel abgruben; sie ahnten noch weniger, daß sie dadurch ihren Bergquellen für den größten Teil des Jahres das Wasser

entzogen, damit diese zur Regenzeit umso wüthendere Flutströme über die Ebene ergießen könnten.“

Selbst bürgerliche Experten sind inzwischen tief besorgt. Sie versuchen, ihre Herren und Zahlmeister zu warnen: „Auch Konzerne müssen endlich begreifen, daß wir alle in einem Boot sitzen (...). Angesichts der Folgen dieser Eingriffe sind unsere Unternehmer aufgerufen, ihre bisherige Firmenpolitik zu ändern und neue Leitlinien aufzustellen.“ Dies schreibt Professor Dr. Frederic Vester, ein Diplom-Biochemiker, der den Firmenbossen „eine neue Mana-gement-Lehre, das evolutionäre Management“, beibringen möchte. Der Herr Professor wird möglicherweise auf taube Ohren stoßen. Mit worigewandten Formulierungen predigt er das „Denken in vernetzten Zusammenhängen“ und verkauft diese seine Idee als „völlig neuartig“, er kritisiert, daß beim bisherigen Denken, wie es uns in den Schulen von Kindesbeinen an eingebracht wurde, „unsere Schlüsse von Ursache und Wir-

Hirngespinnst Pseudo-Krupp?

Wenn sich saure Nebel drehen und die Nebeltropfen schon wie Zitronensaft schmecken, oder wenn die Hitze nach unten drückt, dann gedehnen Asthma, Bronchitis und Pseudo-Krupp besonders gut.

Die einen reden von Hirngespinnsten und raten, die Kinder bei geöffnetem Fenster schlafen zu lassen. Die anderen halten stets Cortison-Präparate im Küchenschrank bereit, um dem „Hirngespinnst“ entgegenzutreten zu können.

Seit 11 Jahren ist ein Zusammenhang zwischen der Luftbelastung und dem Ersticken von Pseudo-Krupp statistisch belegt (Krupp=Diphtherie, d.h. Schwellung des Kehlkopfs u.U. bis zum Verschlub der Atemwege).

Zum Krupp-Syndrom kommt es vor allem bei besonders hoher Konzentration von Staub oder SO₂ (Schwefeldioxid) in der Luft. Die sogenannte Kruppschwelle liegt bei 170 Mikrogramm SO₂ pro Kubikmeter Luft, wobei noch anzumerken wäre, daß metallische Feinstäube als Katalysator wirken.

Luftverunreinigung enthält also nicht nur die Schadstoffe, die zum Wald-Baumstern, sondern auch — und mit ziemlicher Sicherheit dieselben — die zum Bronchial-Baumstern führen.

Blut- und Lungenkrebs sowie auch das Waldsterben zeigen in Ballungszentren eine deutliche Häufung, z.B. entlang der „industriellen“ im Saarbrücken und Völklingen (Analyse Saarland: med. Prof. H. Beckenkamp). Auf die Bevölkerung bezogen hat die BRD eine der höchsten Krebsraten der Welt (150.000 Krebsfälle pro Jahr, Tendenz steigend). Bei Kindern ist Krebs (nach Unfalltod) die zweithäufigste Todesursache.

Ob da Schlafen bei offenem Fenster noch helfen kann?
Barbara Möhne, Reutlingen



„So, nun kannst du beruhigt sein!“

Und Beispielen für das Ergebnis solcher „geradliniger und eindimensionalen Planung“ (Vester) führt Engels anschließend an (siehe oben).

Unser Professor Vester möchte, daß „wir uns die relativ einfachen Regeln der Lebenswelt zu eigen machen“:

„Bequemen wir uns zu einer Evolution unserer Wirtschaftsweise, die die Natur wieder beherrscht, nicht weil sie sie vergeblich, sondern weil sie ihr gehorcht!“ Er möchte eine ökologische Kreislaufwirtschaft eingeführt wissen.

Möglicherweise wäre er ganz schön verblüfft, wenn er wüßte, daß Marx im „Kapital“ die kapitalistische Wirtschaft unter anderem auch deshalb anklagte, daß sie „den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d.h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrung- und Kleidungsstücken vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit“ stört. Und weiter: „Aber sie zwingt zugleich durch die Zerstörung der

Waldsterben und Profit

Wirtschaftlich geplante Produktion

biologisch naturwüchsig entstandenen Umstände jenes Stoffwechsels, ihn systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion (...) herzustellen."

Der Herr Professor macht bei seiner ganzen Theorie einen klitzekleinen Fehler, den Engels aber schon vorausgesehen hat: "Die Menschen gewöhnten sich daran, ihr Tun aus ihrem Denken zu erklären, statt aus ihren Bedürfnissen (die allerdings im Kopf sich widerspiegeln, zum Bewußtsein kommen)."

Und da der Herr Professor meint, "eindimensionales Handeln" sei nur auf das falsche, "eindimensionale Denken" zurückzuführen, redet er den Kapitalisten, den Politikern und seinen Professorenkollegen gut zu, um sie zum Umdenken zu bewegen. Marx und Engels waren in ihrem Erkenntnisstand bereits einmal weiter vorgedrungen. Sie wußten, daß eindimensionales gesellschaftliches Denken die Folge einer "eindimensionalen" Wirtschaftsordnung ist, bei der letztlich nur eines zählt — der Profit.

Konsequenzen

"Wo einzelne Kapitalisten, um des unmittelbaren Profits willen, produzierten und austauschen, können in erster Linie nur die nächsten, unmittelbarsten Resultate in Betracht kommen. Wenn der einzelne Fabrikant oder Kaufmann die fabrizierte oder eingekaufte Ware mit dem üblichen Profiten verkauft, so ist er zufrieden, und es kümmert ihn nicht, was nachher aus der Ware und deren Verkäufer wird. Ebenso die natürlichen Wirkungen derselben Handlungen (...). Gegenüber der Natur wie der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise nur der erste, handgreiflichste Erfolg in Betracht; und dann wundert man sich noch, daß die entfernteren Nachwirkungen der hierauf gerichteten Handlungen ganz andere, meist entgegenge-setzte sind (...)." ?!

Für Engels bestand kein Zweifel über die nötigen Konsequenzen aus dem eindimensionalen Denken, das Vester kritisiert: "So werden wir mit jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der **außer** der Natur steht, sondern daß wir ihr mit Fleisch und Blut und **Hirn** (!) angehöben und mitten in ihr stehen, und daß unsere Herrschaft über sie darin besteht, (...) ihre Gesetze erkennen und **richtig** anwenden zu können. In der Tat lernen wir mit jedem Tag ihre Gesetze richtiger verstehen und die näheren und entfernteren Nachwirkungen unserer Eingriffe in den herkömmlichen Gang der Natur erkennen."

Da mag auch Professor Vester nicht widersprechen; er bestätigt sogar:

"Die Kenntnisse dazu" (gemeint ist "neues Arbeiten und Gestalten mit der Natur statt gegen sie"), "sind vorhanden. Wir sollten sie zu unser aller Vorteil nutzen." Aber der alte Engels war da etwas radikaler:

"Um diese Regelung durchzuführen, dazu gehört mehr als bloße Erkenntnis. Dazu gehört eine **vollständige** Umwälzung unserer

bisherigen Produktionsweise und mit ihr unserer jetzigen gesamten gesellschaftlichen Ordnung."

Staats Eigentum

Oh Gott, mag mancher Grüne sagen, jetzt kommen die Marxisten wieder mit ihrem Allheilmittel "Verstaatlichung". Stimmt nicht, sagt Engels:

"Das Staats Eigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die **Handhabe** der Lösung."

Keineswegs bildeten sich Marx und Engels ein, im Sozialismus könnten alle Probleme "über Nacht" beseitigt werden:

"Die Zivilisation hat uns freilich in den großen Städten eine Erbschaft hinterlassen, die zu beseitigen viel Zeit und Mühe kosten wird. Aber sie müssen beseitigt werden, mag es auch ein langwieriger Prozeß sein."

Was würden sie erst sagen, wenn sie wüßten, wie unermeßlich größer die Umwelverschmutzung durch den Kapitalismus geworden ist? Würden sie sagen:

"Erst eine gesunde Umwelt — dann Sozialismus?" Würden sie nicht noch leidenschaftlicher für die Enteignung des Großkapitals

eintreten, dessen Wirtschaftsweise uns alle täglich näher auf den ökologischen Abgrund zuschiebt? Würden sie das Waldsterben nicht eher als einen zusätzlichen Grund für die Einführung einer gesellschaftlich geplanten Produktionsweise betrachten, die "der Natur gehorcht, statt sie zu vergewaltigen"? Würden sie sich auf die Seite solcher grün angehauchten "Radikalen" schlagen, die das Waldsterben zum Anlaß nehmen, die sozialistische Sache auf die lange Bank zu schieben?

Aufwachen!

Eins ist klar: der saure Regen ergießt sich nicht nur auf den Wald und auf Stahlbeton. Die Ackerböden halten das Bombardement auch nicht mehr lange aus, ohne zusammenzubrechen. Wenn in den nächsten Jahren die Ernten von Brotweizen und in-Brangerste zurückgehen und infolgedessen Brot- und Bierpreis auf 10 oder 20 Mark steigen, werden manche aufwachen, die heute noch schlafen...

Ob es dann noch reicht?

Kurt Pleffe, Stuttgart
Jungsozialist

Waldsterben und die Folgen . . .

Jährlich werden 3,5 Mio. Tonnen Schwefeldioxid (80% aus Kraftwerken und Industrieumwandlung, 17% aus Handwerk und Haushalten, 3% aus Verkehr), 3,1 Mio. Stickoxide (45% aus Verkehr, 31% von Kraftwerken, 19% aus Industrie, 5% aus Haushalten), 1,7 Mio. organische Verbindungen (z.B. Kohlenwasserstoffe), 720.000 Stäube und hunderte von Tonnen Schwermetalle (aus chemischer und metallverarbeitender Industrie) in die Luft geblasen.

Für 17 der ca. 300 bekanntesten Schadstoffe wurden Höchstwerte für sogenannte Immissionen (Ausstoß) für Industrie und Wirtschaft von der Bundesregierung als Gesetzgeber festgesetzt, die jedoch ausschließlich im Interesse der Unternehmer stehen, und wo ganz bewußt langfristige Schäden an Umwelt und Gesundheit des Menschen in Kauf genommen wurden. Ein Immissionschutzgesetz, das die Kapitulaton des Gesetzgebers vor einseitigen und kurzfristigen Wirtschaftsinteressen deutlich macht.

Schadstoffe

Erschreckende Ergebnisse zeigten die erstmalig 1982 bundesweit durchgeführten Waldschadenserhebungen, zu denen sich die Bundesregierung nach langjährigem Drängen genötigt fühlen mußte: 1982 waren 7,7% der gesamten Waldfläche geschädigt, 1983 bereits 34% und 1984 beträgt die 49%. Beson-

ders betroffen unter den Bundesländern ist Baden-Württemberg, dessen Waldfläche zu 66% geschädigt ist, gefolgt von Bayern mit 57%, Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen mit 42%.

In unserer schadstoffbelasteten Umwelt beweist sich gerade der Wald wegen seiner großen Blattoberfläche als ein hervorragender, und damit selbstzerstörerischer, Schadstofffilter für flüssige und gasförmige Schadstoffe und Stäube. Zudem nimmt der Baum über sein verzweigtes Wurzelsystem aus dem "Nährstoffspeicher" Waldboden dort abgelagerte Schadstoffe mit auf. So führt sich der Baum über seine Blätter und Wurzeln ständig Schadstoffe zu, die störend auf die lebenswichtigen Prozesse des Zellaufbaus und der Nährstoffversorgung einwirken. Besonders die Wirkung des sauren Regens muß als wesentliche Ursache für die sich massierender Waldschäden gesehen werden.

Schwefeldioxid, Stickoxide und Chlorwasserstoff bilden in der Atmosphäre Säuren, die als Regen und Schnee, Nebel und Tau im Wald zur Ablagerung kommen und dort ihre ätzende Wirkung auf Blätter, Rinden und Wurzelsysteme haben. Durch die schädlichen Einwirkungen des sauren Regens zeigen die Bäume Nährstoffmangelerscheinungen, was zu einer deutlich verminderten Widerstandskraft des Baumes gegen Klimaeinflüsse (Trockenheit, Frost, Stürme, u.a.) und Schädlinge (Borkenkä-

fer, Schmarotzerpflanzen) führt. Unsere Walddämme produzieren in Todesangst Samen um Samen zur Erhaltung ihrer Art. Wissenschaftler sprechen von Not- und Angsttrieben. Walddämme fallen auf wegen ihrer wenigen Nadeln, die sich von gelb bis braun verfärbt haben, sowie durch veränderte, verkleinerte Blatt- und Nadelformen. Laubblätter zeigen braune Flecken, Herbstfärbung und Blattabwurf finden vorfrüht statt. Baumwurzeln ziehen sich aus dem versauerten Waldboden in die oberen, noch ungriftigeren Schichten zurück und sind dadurch anfälliger für Windwürde.

Bodenabtragung

Durch diese Schadstoffeinwirkungen ist der Wald als Ganzes bedroht, mit seinen im Boden lebenden Zersettern, Bakterien, Pilzen und Kleinsttieren; die gesamte Bodenvegetation und Tierwelt der Waldboden selbst und das Grundwasser.

Wälder sind meist Wassereinzugsgebiete. Ein aus Laub- und Nadelbäumen mehrstufiger Wald kann Pflanzen und Boden vor starker Sonneneinstrahlung, Regenaufprall schützen, schafft durch sein Wurzelsystem einen Wasserrspiecher im Boden, filtert das einsickernde Wasser und gibt das nicht von Pflanzen und Bäumen aufgesogene Wasser gleichmäßig an das Grundwasser ab.

Bei völliger Entwaldung kann es zur Vernässung oder Verkär-

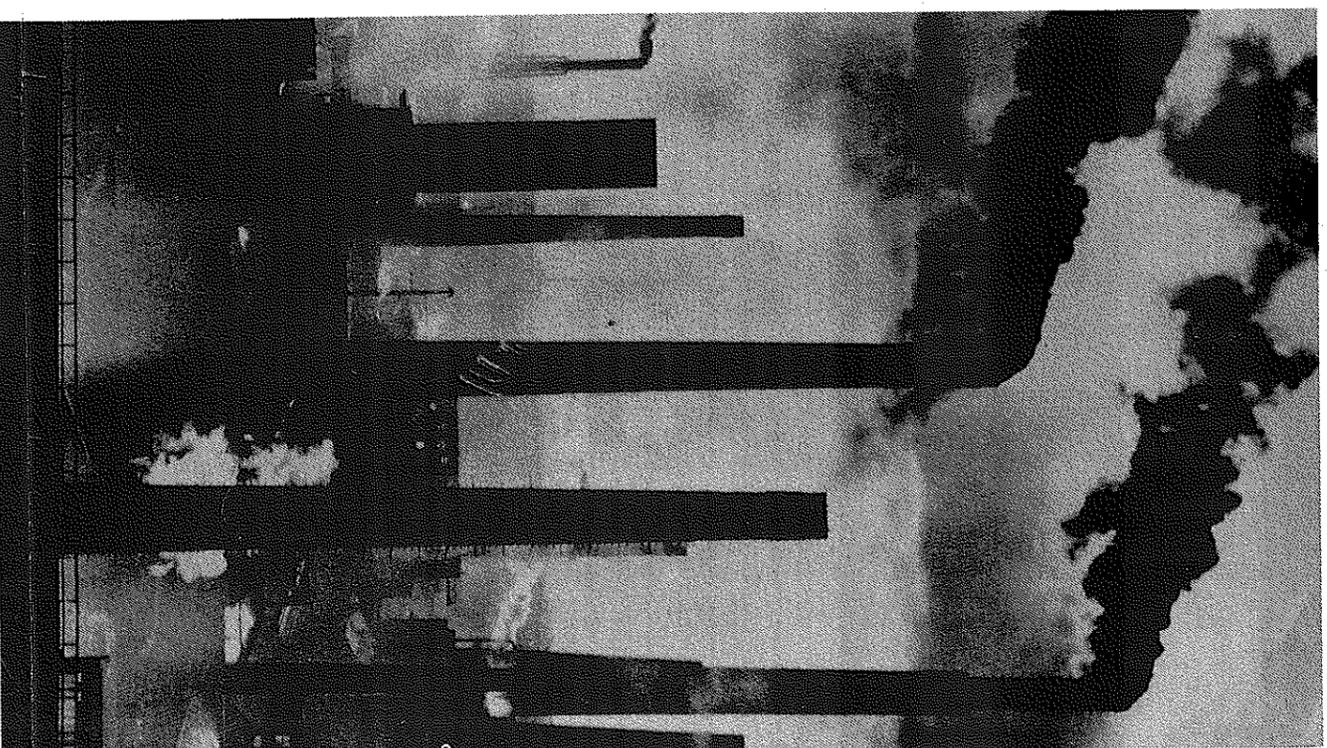
stung eines Gebietes kommen. Regeneintfall, Schneeschmelze und Wind führen zu starken Bodenabtragungen.

Der Wald spielt im Energiehaushalt der Erde eine entscheidende Rolle und wird konkret Auswirkungen auf unser Klima und die Niederschläge haben. Unsere gesamte Waldvegetation und Tierwelt wird aussterben, und damit werden wichtige Glieder in der Nahrungskette von Mensch und Tier verlorengehen.

Besonders in der Landwirtschaft wird es fatale Folgen haben, wenn der Wald mit seinen vielfältigen Funktionen des Bodenschutzes, der Filterwirkung, der Temperatur- und Niederschlagsregelung und als Schutzraum für Wildtiere und -pflanzen ausfällt. Dies wird einen gesteigerten Einsatz von chemischen Mitteln in der Landwirtschaft zur Folge haben: zum Schutz der Böden vor Schadstoffen, zur Düngung und Insektenbekämpfung. Die Lösung wird Chemie sein — die sich mehr und mehr in unseren Nutzböden und Nutzpflanzen anreichern wird.

Schadstoffbelastung von Luft, Boden und Nahrungsmitteln, schlechtes Trinkwasser, Klimaerbrüche und der Verlust von Naturlandschaften werden das ihrige tun, werden die Chemiekonzerne und Apotheken florieren und die Gesundheit und Lebenserwartung von Mensch, Tier und Pflanze drastisch sinken lassen.

Elke Klos, Stuttgart



Indien am Scheideweg

Sozialismus oder Barbarei

Die jüngsten Ereignisse in Indien zeigen deutlich, in welcher Sackgasse sich diese Gesellschaft befindet. Die Giftgaskatastrophe in Bophal, die 5.000 Menschen tötete, macht klar, wie verächtlich die Mutts Indien als Spielwiese benutzen. Die Besetzung des Goldenen Tempels, das Attentat auf Indira Gandhi und die darauf folgenden Ausschreitungen gegen die Sikhs sind ein Hinweis auf den Zerfall Indiens. Was sind die Hintergründe dieses Zustands?

Die Wahl kürzlich in Indien hat der westlichen Presse gefallen. Nur „Absolute Mehrheit für Rad-schiv Gandhi“, „Politische Stabilität“ und die „Einheit der Nation“ war zu lesen. Wie Alice im Wunderland. Die Wirklichkeit in der „größten Demokratie der Welt“ sieht jedoch anders aus: ein Abtraum von Armut, Not, Elend, Hunger und Gewalt.

170 Millionen essen jeden Tag weniger als zur Erhaltung der Gesundheit notwendig wäre. Die ärmsten 20% der Bevölkerung geben 80—90% ihres Einkommens für Lebensmittel aus und nehmen trotzdem nur 1500 Kalorien täglich zu sich. 20 Millionen verhungern. Weitere Millionen werden blind aus Vitaminmangel, und viele sterben einfach weil sie kein sauberes Wasser ha-

ben. Muß es so sein? Ist diese Armut wirklich unvermeidbar? Ganz im Gegenteil. Der „Weltentwicklungsbericht“ 1980: Zur Abschaffung der Unterernährung ist die Umverteilung von nur zwei Prozent der Weltgetreideproduktion nötig, an die, die sie brauchen.“ Aber die, denen dieses Getreide gehört, haben gar kein Interesse, ihre Nahrungsmittel nach Indien zu schicken, wenn die indischen Massen nicht dafür bezahlen können. Für Kapitalisten ist „Bedarf“ nicht unbedingt dasselbe wie „Nachfrage“. Also: das Schicksal der indischen Armen ist vom Weltmarkt total abhängig. Aber läßt die indischen Kapitalisten sich nicht hinter dieser Entschuldigung verstecken! Selbst in Indien gibt es einen Überschuß. Bis 1981 hätte die Hälfte des Getreideüberschusses von 1980/81 hätte die Hungrigen ernähren können! Das Profitsystem ist jedoch erbarungslos. Gewinn — das ist alles. Wenn er nicht stimmt, wird das Getreide entweder gehortet oder ins Ausland verkauft.

Zu viele Menschen?

Gibt es denn zu viele Menschen in Indien? Gibtes nicht genug Land? Nein, und nochmal nein. Vor drei Jahrzehnten gab es einen Überschuß von über 20 Milliarden Hektar Land. Trotz der Versprechen der Landreform ist die Not auf dem Land heute größer als damals — weil die Regelungen weniger als 1 Million Hektar Land aufgeteilt haben, die Zahl der Landlosen ist auf ungefähr 50% gestiegen. Gleichzeitig werden 40 Millionen Hektar nicht genutzt.

Die Bevölkerung wächst um 2 bis 3% pro Jahr. Das Problem ist: die Wirtschaft wuchs nur um ein Prozent pro Jahr während der 70er Jahre, ebenso die Produktivität. Die Antwort der Regierung von Gandhi und ihrem Sohn Sandshaj war nicht wirtschaftliche Entwicklung, sondern die Zwangssterilisierung von 20 Millionen Männern!

Im Westen wird oft angedeutet, Indien mache wirtschaftliche Fortschritte, es brauche nur Zeit, um die bürgerlichen Demokratien in Europa und Amerika einzuholen. Die Wahrheit ist: unter der Führung der Bourgeoisie entwickelt sich Indien jetzt zurück. Zum Beispiel: Stahlwerke laufen auf halber Kraft, denn sie bekommen nicht genug Kohle und Eisenerz wegen mangelnder Transportmöglichkeiten. Und was sie haben, können sie nicht verarbeiten wegen häufiger Stromausfälle. Die Kraftwerke können nicht arbeiten, denn sie haben keine Kohle. Es gibt aber Millionen Tonnen Kohle auf Halde. Die Eisenbahn kann sie nicht transportieren, denn sie hat nicht genug Waggons wegen der Stahlknappheit, und nicht genug Kohle als Kraftstoff. Deshalb werden Kohle und Stahl importiert, obwohl eigentlich genug da ist. Welch ein Chaos!

Rückschritt

Der Rückschritt zeigt sich auch bei den Exporten. 1938 kamen 3% des Weltexports aus Indien, heute sind es nur noch 0,44%. Während der 70er Jahre vervierfachte sich die Arbeitslosigkeit und verdreifachten sich die Schulden der Bauern.

Seit der Unabhängigkeit des Landes 1947 sank der absolute Lebensstandard der Massen. Die Reallohne der Fabrikarbeiter sind heute niedriger als 1939 und haben sich gegenüber 1857 nicht verbessert! Zur gleichen Zeit haben die 75 großen Monopole, die den größten Teil der Wirtschaft kontrollieren, ungeheuren Reichtum angehäuft.

Offensichtlich muß die Gesellschaft neu organisiert werden, vor allem mit geplanter Produktion. Nur die Arbeiterklasse kann das erreichen.

In den letzten zehn Jahren entwickelte sich eine enorme Bewegung innerhalb der Arbeiterklasse, eine Streikwelle über zehn Jahre, die revolutionäre Ausmaße annahm. Selbst unter den Kugeln von Polizei und Armee zeigte die Arbeiterklasse, daß sie bereit ist zu kämpfen. Und ihre Opferbereitschaft und Entschlossenheit hatte Auswirkungen auf die landlosen Bauern und die unteren Kasten und führte zu einer Radikalisierung der gesamten Gesellschaft.

Als die Arbeiter jeden Glauben daran verloren hatten, daß Indira Gandhis „Kongress Partei“ den Wahlslogan „Schub mit der Armut“ verwirklichen könnte und selbst aktiv wurden, ergriff Gandhi Unterstützungsmassnahmen, steckte Tausende von Streikenden ins Gefängnis und führte 1975 eine Diktatur ein. Aber sogar eine Polizeiherrschaft erreichte nicht ihr Ziel, sondern provozierte die Arbeiter nur noch mehr.

Unter der darauffolgenden Janata-Regierung brach der bürgerliche Staat fast zusammen: die Polizei streikte und kämpfte auf den Straßen gegen die Arme. Sogar die Gewerkschaft der Geheimpolizei beschloß Streikmaßnahmen und demonstrierte auf den Straßen! In West-Bengalen, Kerala und Tripura kam die Kommunistische Partei an die Regierung.

Indien schreit nach der Machtübernahme der Arbeiterklasse. Jede kapitalistische Partei sieht sich gezwungen, sich „sozialistisch“ zu nennen. Nur die Führer der Arbeiterparteien reden nicht vom Sozialismus, denn sie unterstützen das kapitalistische System!

Wie kommt das? Die intellektuellen Führer der KPI und der KP(M), die zwei Arbeiter-Massenspartei Indiens, glauben an die stalinistische Zwei-Phasentheorie. D.h. erst muß die Bourgeoisie ihre historische Aufgabe erfüllen, erst dann darf das Proletariat für den Sozialismus kämpfen. Deswegen unterstützen sie die „fortschrittliche, nationale“ Bourgeoisie.

Wo aber gibt es dieses Wunder in Indien? Wir können es leider nicht finden, denn in den letzten 40 Jahren, unter der Herrschaft der industriellen Bour-

geoisie, ist jede Regierung (die alle von diesen Arbeiterführern unterstützt worden sind) gescheitert. Wirkliche Unabhängigkeit von ausländischen Kapital, Landreform, echte nationale Einheit, echte Demokratie und Modernisierung — all das haben sie nicht erreicht und können sie auch nicht.

Die Hälfte der Bevölkerung existiert unterhalb der von der Regierung selbst errechneten Armutsgrenze. Wie ironisch — in der größten Marktwirtschaft der Welt (880 Millionen Menschen) gibt es nicht genug Nachfrage um die nationale Industrie zu unterstützen. Deswegen ist die Wirtschaft von dem durch die Imperialisten kontrollierten Weltmarkt heute abhängig als zu Zeiten der britischen Kolonialherrschaft. Die indischen Monopole sind Parasiten — vom Staat und dem ausländischen Kapital abhängig.

Viele Bauern kämpfen nicht nur für Land, sondern für proletarische Forderungen: für die Verstaatlichung des Großgrundbesitzes, garantierte Arbeitsplätze und einen Mindestlohn. Die Bourgeoisie ist nicht mal dazu in der Lage, den Millionen Angehö-

rigen der unteren Kaste bürgerliche Rechte zu geben und sie aus der Rückständigkeit der Fröngeschichte zu befreien. Diese bankrotte Zwei-Phasentheorie ist sowieso blind gegenüber der Geschichte Rußlands und Chinas. 1917 und 1947 waren diese Länder ebenso rückständig und arm wie Indien. Dank der Planwirtschaft stirbt in diesen Arbeiterstaaten niemand vor Hunger — trotz der bürokratischen Herrschaft und fehlenden Arbeiterdemokratie.

Kollaborateure

Welche Verteidiger des Kapitalismus, welcher Funktionär der KP kann dasselbe von Indien sagen? Durch den Umsturz von Kapitalismus und Feudalismus und der Kollektivierung des Landes wird in China 60% mehr pro Hektar produziert als in Indien. Nur die sozialistische Revolution kann die verhungierenden Massen ernähren.

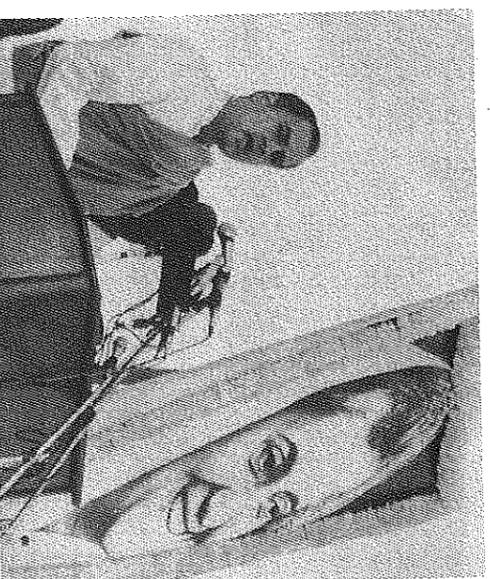
Die Führer der Arbeiterparteien haben den Kampf der Massen für den Sozialismus immer sabotiert. Während des zweiten Weltkriegs kollaborierten die KPI-Führer mit dem britischen Impe-



Die einzige Hoffnung Indiens: die Arbeiterklasse

rialismus, um die Unabhängigkeitsbewegung zu stoppen. (Die UdSSR stand im Bündnis mit Großbritannien und wollte diesen „Partner“ nicht verprellen). Deswegen konnte die Partei der bürgerlichen Politiker — Congress — die Führung des Volkes übernehmen. Die größte Oppositionspartei, die sozialistische Partei, löste sich in der Congress-Partei und in anderen rechten Parteien auf. Die KPI unterstützte Indira Gandhi während der Notstands-Polizeiherrschaft 1975, als alle demokratischen Rechte zerstört und die Gewerkschaften unterdrückt wurden. Als Gandhi 60.000 streikende Eisenbahnarbeiter verhaftete, wurden mehr in dem von der KPI regierten Bundesland Kerala verhaftet als anderswo.

Wegen dieses Opportunismus gründete die Basis 1967 eine neue Partei, die „KP(marxistisch)“. Aber die Führung dieser Partei ist nicht besser. Sie hat dieselbe Theorie und dieselbe Verachtung für die Arbeiterklasse, vertritt sich vor Moskau und verbündet sich nicht mit der Congress-Partei, sondern mit den reaktionären Oppositionsparteien wie Charan Singhs Ku-



Premierminister Rajiv Gandhi im Schatten seiner Mutter

lak-Partei und der rassistischen Jana Sangh.

Ihre „demokratischen“ Helden, die Janata-Politiker, versuchten ein Anti-Gewerkschaftsgesetz durchzuführen und wurden durch einen Generalstreik der Gewerkschaftsmitglieder gestürzt.

Diese „Führer“ sind verantwortlich für die Wiederwahl Indira Gandhis und jetzt Radschivs, denn die Arbeiter und Bauern sahen keine Alternative in Janata, und die Arbeiterführer lehnten es ab, eine Arbeitereinheitfront zu bilden und eine sozialistische Alternative anzubieten.

Wenn die Kapitalisten Angst vor einer kommunistischen Regierung haben, dann kriegen diese „Führer“ einen Schreck. 1977 ist die KP(m) in West-Bengalen an die Macht gekommen — durch Zufall, denn es gelang ihr nicht, eine Koalition mit Janata zu bilden. Die KP(m)-Führer hatten der Janata 52% der Sitze angeboten, aber diese geringen Politiker wollten mehr. Deswegen ist die KP(m) gezwungen, mit ihrer absoluten Mehrheit zu regieren.

Aber keine Panik: Obwohl wir eine revolutionäre Partei bleiben, können wir nur eine bürgerliche Regierung sein, so E.M.S. Namboodripad, die Financial Times erklärt: „Ihre Abneigung, die steigenden Preise zu bändigen oder die Privilegien des privaten Sektors anzugreifen, und ihre Bereitschaft in gemeinsame Unternehmen mit den großen kapitalistischen Familien und den multinationalen Konzernen einzustiegen, fügen den Begriffen „Kommunist“ oder „Marxist“ eine neue Dimension hinzu.“

Statt ihre Position in West-Bengalen und Tripura als Sprungbrett für eine nationale Kampagne für Arbeitermacht zu benutzen, wimmern sie, daß die Arbeiter in den anderen Bundesländern ein niedriges politisches Bewußtsein haben, ohne zu versuchen, sie zu organisieren. Aber wenn sie die bürgerliche Macht in Delhi nicht stürzen, wird Delhi West-Bengalen stützen — nicht mit ein bißchen Repression wie 1971, sondern durch ein Blutbad wie in Indonesien oder Chile.

Zerfall

Der Zerfall in einzelne Nationen und die blutigen Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Kasten, Religionen und Sprachgruppen (9 blutige Aufstände pro Stunde!) und die Herausbildung einer Gandhi-Dynastie zeigen, daß das nationale Bewußtsein schon eine Generation nach der nationalen Befreiung fast verschwunden ist.

Als die Sklavhaltergesellschaft im alten Rom den Punkt erreicht hatte, an dem sie die Gesellschaft nicht weiter entwickeln konnte, gab es keine neue Klasse, die dazu in der Lage war. Die Folge war der Zusammenbruch der Zivilisation. Wenn die Arbeiterführer das Proletariat weiterhin daran hindern, seine historische Aufgabe zu erfüllen, dann wird Indien in den Horror der Barbarei versinken.

Brent Kennedy, Köln

SPD-Mitglied

Bergarbeitersolidarität der Stuttgarter Jusos

19.000 DM für Streik gesammelt!

„Das ist ein politischer Streik“ wird uns oft entgegen, wenn wir für die streikenden britischen Bergarbeiter Spenden sammeln. „Natürlich“, würde ein Streiker der entgegnen, „jeder Streik ist politisch“. Schon 1978 schrieb der „Economist“ (britisches Handelsblatt), eine konservative Regierung würde als Erstes versuchen, die Gewerkschaften zu entmachten — und der Zeitpunkt ist jetzt gekommen.

Seit dem 12. März wehren sich die Kumpel gegen die Pläne der nationalen Kohlebehörde NCB, 70.000 der insgesamt 180.000 Arbeitsplätze abzubauen. Mehrere „Back to Work“ (zurück zur Arbeit) — Kampagnen der NCB haben es nicht geschafft, einen nennenswerten Teil der Streik-

front von ca. dreiviertel der Bergarbeiter zu brechen. Thatcher verspricht zwar dauernd, durch die Schließung von unrentablen Betrieben würden neue Arbeitsplätze entstehen, aber darauf warten die Arbeiter seit 1979 vergebens. Und die Bergleute glauben jetzt nicht mehr an die Versprechungen.

Die Stuttgarter Jungsozialisten haben sich die Solidarität mit den Streikenden seit dem vergangenen Sommer zum Schwerpunkt gesetzt. Schon im Mai sammelten wir 200 Mark Spenden. Im Sommer verbrachte ein Genosse seinen Urlaub auf dem Sommercamp der englischen Jusos und überbrachte die Spenden den Bergarbeitern. Dort wurden die ersten Kontakte ge-

knüpft und im September konnten wir eine Reihe von Solidaritätsveranstaltungen im Raum Stuttgart mit zwei britischen Bergarbeitern organisieren und vermitteln. Während des Streiks für die 35-Stundenwoche hatten wir viele Kontakte zu aktiven Kollegen aus der Streikbewegung geknüpft. Viele machten die Erfahrung, wie wichtig es ist, im Streik Solidarität von außen zu bekommen. Sie waren sofort bereit, jetzt den britischen Bergarbeitern zu helfen. Denn ein Sieg von Thatcher würde auch sofort die Kohl-Regierung betügelnde weitere Schläge gegen die deutsche Arbeiterbewegung zu verschaffen.

Wir vermittelten Besuche der britischen Kollegen bei Vertrau-

ensleitzungen und Treffen von aktiven Kollegen. Ein Ergebnis dieser Besuche war die Gründung einer Solidaritätsinitiative von aktiven Gewerkschaftlern zur Unterstützung der Bergleute in der Stuttgarter Partnerstadt St. Helens in Süd Wales. In mehreren Orten um Stuttgart unterstützen wir andere Jusos-Äggen bei der Organisation von Solidaritätsveranstaltungen.

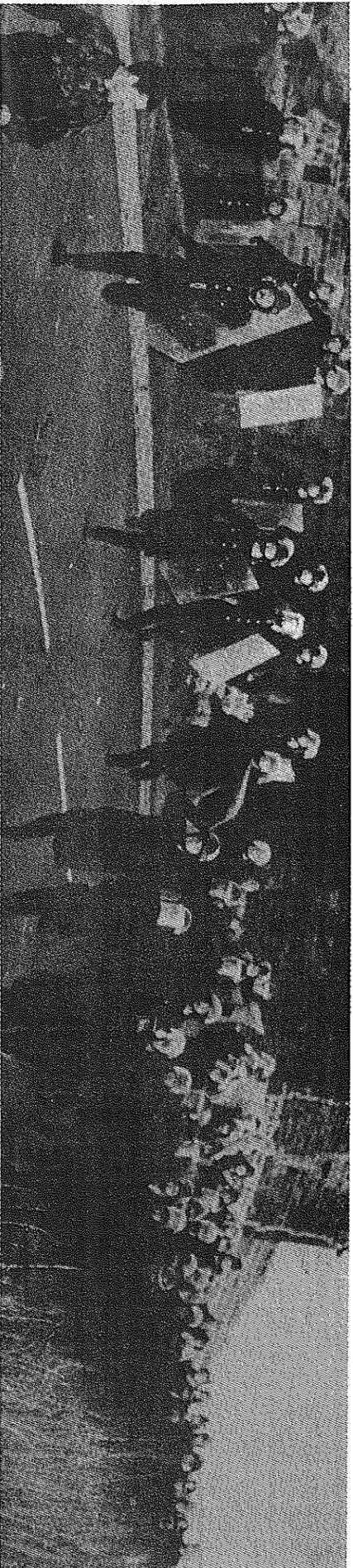
Bereits im Sommer hatten wir uns aus England Videofilme über den Streik besorgt. In Zusammenarbeit mit einer Videogruppe wurden die Streifen übersetzt. Die Besucher auf Veranstaltungen erhielten so ein viel deutlicheres Bild von den Verhältnissen im „Mutterland der Demokratie“. Oft kamen Besucher spontan mit Ideen, wie auch an ihrem Ort die Solidarität ausgebaut werden kann. Zu Beginn der Kampagne setzten wir uns das Ziel, 5000 DM Spenden zu sammeln. Schon vor dem Beginn der NUM-ler (britische Bergarbeitergewerkschaft) sammelten wir auf Feten, SPD-Veranstaltungen, vor Konzerten und Betrieben.

In ca. 30 Stuttgarter Kneipen stellen wir Spendendosen auf

und verschickten Briefe an Betriebesräte und Vertrauensleute mit der Nummer unseres Spendenkontos. Die Reaktion hatten wir total unterschätzt. Bis zum Jahresende sind durch die Initiative der Stuttgarter Jusos knapp 19.000 Mark gesammelt und weitergeleitet worden. Zahlreiche Initiativen sammeln an ihren Orten weiter. Die gewerkschaftliche Initiative schloßte kurz vor Weihnachten einen Transport mit Spielzeug und Winterkleidung nach St. Helens mit ca. 23.000 Mark Spenden.

Die Kampagne zeigte uns, daß viele Kollegen bereit sind, Solidarität zu üben. Nur muß sie jemand ansprechen. Das ist eigentlich die Aufgabe der Organisationen der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften und der SPD. Leider merken wir davon wenig. Vor allem die jüngsten Dienstleistungen der IGM-Spitze zum Bergarbeiterstreik schmelzen deprimierend, ganz zu schweigen von der Untätigkeit der IG Bergbau und Energie. Zum Glück haben die aktiven Mitglieder die Aurtüre zu internationaler Solidarität erster genommen.

**Hans Blunck, Stuttgart
Jungsozialist**



Ausländerfeindliche Politik Rückkehrer haben keine Chance

Seit Mitte 82 nimmt die Zahl der ausländischen Bevölkerung in der BRD ab. Von 4.666.917 im Jahre 82 auf 4.466.931 1984. Das entspricht 4,2% weniger. Die Rückkehrwelle ist dafür verantwortlich. Aber warum entschließen sich viele ausländische Familien, die BRD zu verlassen? Hauptursache dafür ist die rechtliche Unsicherheit.

Seit Verschärfung der wirtschaftlichen Krise nahmen die Maßnahmen einer ausländerfeindlichen Politik zu. Starker Auslöser dafür waren die Empfehlungen der Bundesregierung von 1981. Von diesen Empfehlungen wichen 4 Bundesländer ab. Bayern und Baden-Württemberg mit einer restriktiven Variante, Hessen und Bremen mit einer liberaleren Verwaltungspraxis.

Für Schlagzeilen sorgte Hessen mit dem sog. „Wintersteinelag“ vom Juli 84. Darin war die Neuregelung des Nachzuges von

Familienangehörigen und eine Aufenthaltserleichterung vorgesehen. Klar war bereits zu dem Zeitpunkt, daß dadurch kaum Wirkung auf den Nachzug erwartet wird. Die Rückkehrerwelle hält an. Das gesetzliche Hin und Her läßt bangen, wie die Zukunft der Ausländer wohl aussehen wird.

Während sich die Regierungsparteien mehr oder minder für eine Verschärfung einsetzten, legten SPD und Grüne Gesetzesentwürfe vor, die sich für eine Verstärkung des Rechtsstatus aussprachen, oder weitergehend, wie die Grünen, für ein Niederlassungsrecht, das der ausländischen Bevölkerung Rechte gewährt, die sich denen der deutschen Bevölkerung annähern sollen. Bei all diesem politischen Streit reagieren viele Familien mit ihrer „Rückkehr“, denn nicht nur das Aufenthaltserrecht ist unsicherer geworden, sondern auch die Arbeitsplätze. So z.B. Familie S. aus Portugal.

Vater, Mutter und zwei erwachsene Kinder. Die 18-jährige Tochter schloß ihre Ausbildung als Verkäuferin ab, der 23-jährige Sohn war Büroangestellter. Sie fühlten sich verunsichert durch die rechtlichen Verschärfungen und beschlossen, eine neue Existenz in Portugal aufzubauen. Sie waren voller Zuversicht und Optimismus.

„Mit dem Ersparten werden wir ein Lebensmittelgeschäft aufmachen. Wir wissen, daß die wirtschaftliche Lage Portugals nicht rosig ist, aber gegessen wird immer. Wir liegen mit unserem Geschäft bestimmt richtig.“ Bereits nach einem Jahr werden die S. enttäuscht feststellen müssen, daß sie wohl einer Illusion nachgerannt sind.

Die Geschäfte der Rückkehrer haben kaum eine Chance, denn in einem Land, wo Tausende von Arbeitern seit Monaten vergeblich auf ihre Löhne warten, ist die Kaufrat denkbar gering. Viele müssen sich alles anschreiben lassen. Hunger kennzeichnet industrielle Gebiete des Landes, die seit Jahren einen gewissen Wohlstand kannten. Verbittert muß Familie S. erkennen, daß die Ursachen, die für ihre damalige Auswanderung aus Portugal verantwortlich waren, unverändert geblieben sind.

In der BRD wurden sie - Ausländer - als politische Sündenböcke benutzt. Im Herkunftsland erleben sie das Chaos eines wirtschaftlich und politisch abhängigen Landes.

Irrtümlich nahmen sie also an, mit ihrer Rückkehr würden die Probleme für immer verschwinden. Nun sehen sie deutlich, daß alle Arbeiter, ob im Herkunftsland oder in der BRD, die gleichen Probleme haben. Sie werden nun wissend gehalten, damit sie als Manövriermasse leichter zu handhaben sind.

Schon im 19. Jahrhundert war Babel klar, daß die Unwissenheit der Masse die Stärke der herrschenden Klasse bedeutet.

**Maria Clara Roque, Wiesbaden
Jungsozialistin**

Museumsbau in Aachen

Ludwigs Denkmäler

Direkt nach den Kommunalwahlen im September kam es heraus: Die CDU-knappe Mehrheit im Stadtrat will jetzt doch ein Protz-Museum für das CDU-Mitglied Prof. Ludwig bauen, nachdem es zeitweilig still geworden war um die Baupläne.

Ludwig, der seit Jahren sein Image als Kunst-Mäzen pflegt, interessiert sich jedoch nicht nur für die „schönen Künste“, sondern auch für den schönen Mammmon. Er ist nämlich Aufsichtsratsvorsitzender des Schoko-Imperiums Trumpp-Monheim und hat 53% des Aktienanteils. Seit Jahren ist die Firma berüchtigt wegen der extremen Ausbeutung vor allem ausländischer Kolleginnen, die für Hungerlöhne am Fließband stehen. Aus ungelehrter Fließbandarbeit wurde ein „Lehrberuf Pralinenspacker“ konstruiert, denn Lehrlinge sind noch billiger, und außerdem ließen sich dadurch öffentliche Mittel „wg. Schaffung von Ausbildungsplätzen“ ergattern. Der absolute Gipfel war zuletzt, daß den Lehrlern dieser Firma, wie es hieß, „aus wirtschaftlichen Gründen“, das Weihnachtsgeld in Höhe von 60 DM gestrichen wurde. Das macht insgesamt 35.000 DM aus für die Firma.

Jeder Pfennig, jede Mark, die der Schoko-Bonze Ludwig für seine „Kunstwerke“ aus gibt, ist auf brutale Weise aus den Arbeitern und Angestellten des Konzerns herausgepreßt worden. Damit nicht genug: Jetzt muß ein Museum her! Die Stadt soll zahlen!

Ludwig hat schon Museen in Wien, Köln und zwei in Aachen. Um jetzt dieses dritte Museum der Öffentlichkeit schmackhaft zu machen, ist die Rede von einem „Zentrum der Weltkunst“.

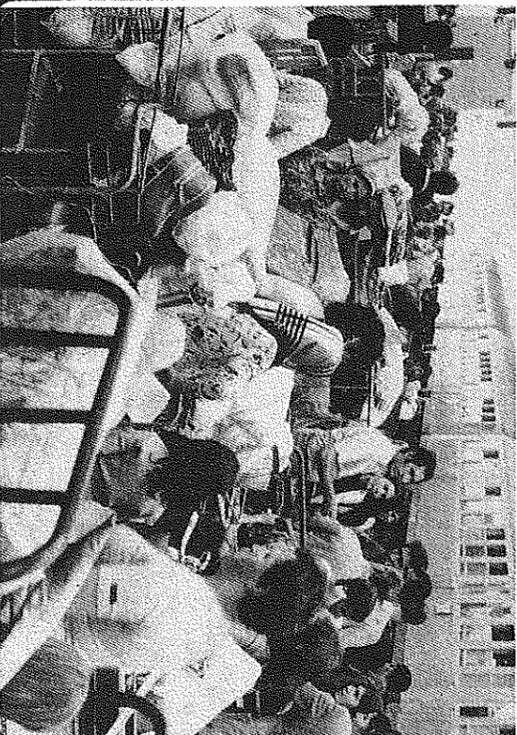
Die SPD hat bereits vor Jahren ihre Ablehnung gegenüber den Museumsplänen zum Ausdruck

gebracht. SPD-Ratsherr Franz Lönneßen initiierte Unterschriftensammlungen. Mehr als 10.000 Bürger unterschrieben.

Angesichts von dramatischen Streichungen im sozialen Netz, 13% Arbeitslosigkeit, fast 1000 Schulabgängern ohne Ausbildungsplatz gibt es in Aachen wichtigere Aufgaben als die Errichtung eines Protzmuseums. Franz Lönneßen: „Ich verrete die Auffassung, bevor dieses Museum gebaut wird, müssen zuerst einmal Prioritäten, zum Beispiel im sozialen Bereich, in der Jugendpolitik, in der Schulpolitik, in der Kulturpolitik und in der Stadtplanung gesetzt werden.“

Die SPD und ihre Ratstraktion fordert seit Jahren die Verwendungs öffentlicher Gelder für ein Wohnungsbauprogramm und Beschäftigungsprogramme, für die Errichtung von Bürgerhäusern in den Stadtvierteln. Leider hat die CDU noch die Mehrheit in Aachen. Doch beim nächsten Mal muß die SPD die Mehrheit gewinnen. Jetzt wurde eine Mitgliederwerbekampagne beschlossen, jedes SPD-Mitglied soll ein neues Mitglied werben. In der Kampagne muß die Partei eine sozialistische Alternative aufzeigen, um, gestützt auf die Mobilisierung der Arbeiter, Angestellten, der Frauen und der Jugend, sozialistische Politik durchzusetzen. Im Zusammenhang mit der Erfüllung der Forderungen nach einem „Wohnungsbauprogramm“ und Beschäftigungsprogrammen kann der Trumpp-Monheim-Konzern unter Arbeiterkontrolle sozialisiert werden. Dann, und erst dann, wird im Interesse der arbeitenden Bevölkerung die Museumsfrage entschieden werden können.

**Leo Schiffer, Aachen
Vorsitzender AG Mitte**



VORAN



Was tun, wenn man arbeitslos geworden ist? Man geht zuerst zum Arbeitsamt, vielleicht noch zum Sozial- und Wohnungsamt oder sonstwohin, um erstmal über die Runden zu kommen. Dann überlegt man vielleicht weiter: wer kann einem helfen, überhaupt aus der Misere herauszukommen? Wo kann man was tun, um nicht vollständig ins Abseits gedrängt zu werden?

Interview „Ich bin innerlich im Cinich mit der SPD“

Interview mit Lilli Bankert, 56 Jahre, SPD-Mitglied, Hausfrau und teilzeitheschtätigt als Kassiererin, Remscheid,

Was denkst Du über die derzeitige Politik der SPD?

Also, da kommt ja absolut nichts. Man kann doch nicht nur immer gegen alles sein, man muß doch auch Alternativen bringen. Das fehlt aber. Ich bin innerlich richtig im Cinich mit der SPD. Vor allem von Vogel hatte ich mir mehr versprochen. Aber der hat ja überhaupt keine Ausstrahlung; der kann nichts transportieren. Ich bin sehr unzufrieden und sehe zur Zeit überhaupt keinen Lichtblick.

Wenn ich auch heute sehe, was die alles zu ihrer Regierungszeit verschlampt haben. Die ganze Umweltverschmutzung. Da hatte die SPD doch früher schon längst was gegen unternehmen müssen.

Was sind deiner Meinung nach die wichtigsten Probleme, zu denen die SPD einen Ausweg aufzeigen sollte?

Zu allererst die Arbeitslosigkeit. Da geht es nur auf dem Weg der Arbeitszeiterkürzung weiter. Die SPD muß sich weiterhin für die 35-Stunden-Woche einsetzen. Dann auch der Umweltschutz — egal was es kostet. Filter müssen eingesetzt werden, Tempo 100 sollte eingeführt werden, und die sollen aufhören mit dem Straßenbau alles zuzupflastern. Bei der Umwelt kann man nicht auf's Geld gucken — dann sollen sie es von der Rüstung nehmen.

Wie siehst du das Verhältnis SPD — Grüne?

Manche in der Partei tun ja so, als ob die Grünen Aussatz hätten. Willy Brandt hat kürzlich gesagt, die Grünen seien eine überflüssige Partei. Was heißt hier „überflüssig“? Schließlich ist es der SPD zu verdanken, daß es die überhaupt gibt. Viele kommen doch aus der SPD.

Hast Du schonmal grün gewählt? Ja, bei der Europawahl. Das



war aber eine große Ausnahme. Eigentlich bin ich ein treuer SPD-Wähler. Schon mein Vater hat sozialdemokratisch gewählt. Die SPD ist die Arbeiterpartei, und ich zähle mich zu den Arbeitern. Die SPD ist deshalb meine politische Heimat, auch wenn ich mit vielem nicht zufrieden bin. Aber bei der Europawahl, da konnte ich nicht anders, obwohl es mir fast wie Verrat vorkam. Ich habe mich erst eine Stunde vor der Wahl dazu entschieden.

Würdest Du auch zu den Grünen überreden?

Nein, wie gesagt, als Arbeiter bin ich in der SPD. Da müßte schon ein sehr triftiger Grund vorliegen.

Welche Perspektiven siehst Du für die SPD?

Na ja, höchstens Leute wie Eppler oder Lafontaine könnten was bringen. Der Rau ist mir auch zu wischl-wasch. Da kommt bei mir immer so ein Unbehagen auf.

Meinst Du das jetzt bezogen auf die genannten Personen oder inhaltlich?

Inhaltlich natürlich. Lafontaine z.B. scheint mir jemand zu sein, der auch mal auf den Tisch haut, der Mut hat, auch mal was Unpopuläres zu sagen, der sich mehr für die Basis einsetzt. Bei Eppler bin ich mir nicht ganz sicher; der scheint mir etwas entückt zu sein, in seinen Kirchenkreisen.

Aber ich glaube, diese Genossen setzen sich ernsthaft ein; die würden auch mal auf Diätenhöhungen verzichten und nicht nur an ihre Pfunde denken.

Keine Spaltung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen

DGB muß Arbeitslose organisieren

Man könnte zu einer Arbeitsloseninitiative oder sonstigen Selbsthilfegruppen gehen — nur, die gibt's nicht überall. Man kann auch zur Kirche gehen; die freuen sich über jeden, den sie einfangen können — aber ist wohl nicht jedermanns Fall.

Trittbrettfahrer oder Kampfpotential?

Vielleicht kommt der eine oder andere auch auf die Idee, zur Gewerkschaft zu gehen — ist schließlich da für Arbeitnehmer. Nur, da wird man leider Pech haben, denn Arbeitslose werden nicht in die Gewerkschaften aufgenommen. Die Begründung klingt zunächst ganz einleuchtend: hat jemand Arbeit, kann er ja Mitglied werden und in der Gewerkschaft bleiben, wenn er arbeitslos wird.

Teilweise wird von Gewerkschaftsfunktionären auch die Meinung vertreten, daß es sich bei arbeitslosen Aufnahmewilligen um „Trittbrettfahrer“ handelt. Diese seien schnell wieder draußen, sobald sie Arbeit haben.

Aber erstens hat wohl kaum jemand bald wieder Arbeit, wenn er sie einmal verloren hat, und zweitens müssen sich die Gewerkschaften fragen, was sie sich selber damit antun, Arbeitslose abzuweisen.

Dabei könnten gerade die Arbeitslosen als großes Kampfpotential eingesetzt werden. Denken wir zum Beispiel an den Kampf um die 35-Stunden-Woche. Da ging es schließlich um Arbeitsplatzhaltung und Abbau der Arbeitslosigkeit. Eine breite politische Mobilisierung der Arbeitslosen hätte einen viel größeren Rückhalt in allen Schichten der Arbeiterklasse bewirken können.

Will ein Arbeitsloser in die Gewerkschaft eintreten, so wendet er sich auch an seine Organisation. Er hat erkannt, daß nur die organisierten Arbeiter die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpfen können.

Spaltung schadet Gewerkschaft

Arbeitslosen die Mitgliedschaft zu verwehren ist ein doppelter Fehler. Erstens werden sie von den arbeitenden Kollegen weggedrängt und zweitens von der Gewerkschaft enttäuscht. Wohin beides im schlimmsten Fall führen kann — hat die deutsche Gesellschaft Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre gezeigt: Neben den Mittelschichten bildeten Langzeit- Arbeitslose, welche den Kontakt zu den Arbeitenden verloren hatten, die Basis des Faschismus. Wobei es sicherlich kein Zufall ist, daß sich die Faschisten schein-linker Parteien wie „Holt die fetten Bonzen aus den Plüschsesseln“ bedienen mußten. Zwar mag dieser Vergleich übertrieben wirken, denn der Faschismus steht noch nicht vor der Tür. Jedoch bedienen sich die Unternehmer nach wie vor des alten Grundsatzes: „Telle und herrsche“. Die Angst, arbeitslos zu werden einerseits, und die Angst, arbeitslos zu bleiben andererseits, wird ausgenutzt, um verschiedene Teile der Arbeitslosen gegeneinander aus-

zuspielen. Mal sind es die Ausländer, die den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, dann die Doppelverdiener, sprich die Frauen, denen das Recht auf Arbeit abgesprochen wird, oder auch die geburtenstarken Jahrgänge.

Die einzige Kraft die verhindern kann, daß die Arbeiterklasse geteilt wird, ist der DGB. Sicherlich haben die Gewerkschaften erkannt, daß sie auch für die Arbeitslosen Verantwortung tragen. Dies zeigt sich an Forderungen wie denen nach Arbeitszeiterkürzung, Ausbildungsabgabe oder staatlichen Beschäftigungsprogrammen, sowie auf-

von ihren arbeitenden Kollegen. Warum können die Arbeitslosen nicht in die aktive Gewerkschaftsarbeit einbezogen werden? Zum Beispiel zur praktischen Mithilfe beim Streikposten stehen, Informativmaterial verteilen, in gewerkschaftlichen Arbeitskreisen, in der Bildungsarbeit, vor allem in der Öffentlichkeitsarbeit? Eine Lösung der Arbeitslosigkeit kann nur durch gemeinsamen Kampf der organisierten Arbeiter erreicht werden. Dazu gehören aber auch die Arbeitslosen. Nur wenn sie gemeinsam mit den Arbeitenden im DGB organisiert sind, können gewerkschaftliche Ziele erfolgreich durchgesetzt

„Wer nicht kämpft, geht kaputt“

VORAN-Gespräch mit Stefan Probst, arbeitslos, Duisburg

Seit Sommer 1984 bin ich arbeitslos. Ich habe in diesen Monaten eine harte Erfahrung durchgemacht. Da sitzt man also auf der Straße, ist wie weggetreten, und eine Welt bricht für einen zusammen.

Nachdem die erste Angst vorüber war, sagte ich mir: du mußt Dich damit halt abfinden. So kam es mir am Anfang o.k. vor. Aber spätestens nach drei Monaten wurde es ätzend. Ich saß in der Bude, hatte zu nichts mehr Lust, alles wurde mir egal, und die Bude ist vergerammelt. Dabei war sie immer aufgeräumt, als ich noch am Arbeiten war.

Eine Zeitlang habe ich mich sogar in der Wohnung verbarrikadiert, weil ich Angst hatte, die Leute draußen würden schlecht über mich reden. Das Arbeitsamt hat mir — bei 16% Arbeitslosigkeit in Duisburg — bisher auch nicht helfen können. Die haben mir seither nur einen Lehrgang angeboten — sonst gar nichts. Wer sich nur aus Arbeitsamt verläßt, der ist verlassen. Die haben doch auch keine Macht.

Jetzt habe ich mich auch schon ein paar mal auf eigene Faust beworben — aber noch ohne Erfolg. In der Zeitung war kürzlich eine Anzeige vom Duisendorfer Flughafen, wonach sie Flughafen-Arbeiter suchen. Ich habe die üblichen Bewerbungsunterlagen

zusammengetragen und bin dort hingefahren, wollte mir aber schnell noch ein paar Pappbilder machen. Da denk ich, mich trifft der Schlag: Gut 600 Mann standen da und haben gewartet und gewartet. Nach und nach wurden sie heringelassen, aber dann sagte einer zu den übrigen, daß sie jetzt keinen mehr einstellen.

Auch bei der Post habe ich mich schon beworben, aber geantwortet haben sie bisher auch noch nicht. Vielleicht wollen sie einem nicht wehtun, indem sie krallhart absagen.

Wenn das so weitergeht, sollte sich keiner wundern, wenn es eines Tages Mord und Totschlag um die wenigen offenen Stellen gibt. Letzte Woche haben sich Arbeitsuchende vor der Thyssen-Hütte morgens um halb sieben darum gedrügelt, wer als erster da war und zuerst reinkommt.

Wer auf Dauer arbeitslos ist und nichts unternimmt, der verliert seine Persönlichkeit. Ich habe schon an mir gemerkt, daß ich viel ernster, stiller, gereizter geworden bin. Aber ich will jetzt nicht die Filme ins Korn werfen. Denn wer keine Eigeninitiative zeigt, wer sich nicht wehrt und nicht kämpft, der geht kaputt. Und die Unternehmer sitzen da oben und freuen sich; daß keiner den Mund aufmacht.

Wir Arbeitslosen müssen unsere Forderungen erheben und SPD und DGB dazu bringen, daß sie für uns was tun. Ich könnte nie vor jemand in die Knie gehen, der die Menschheit kaputt macht.

werden. Darum

- Keine Spaltung von Arbeitenden, Arbeitslosen, Männern und Frauen, Ausländern und Deutschen
- Gezielte Kampagnen des DGB zur gewerkschaftlichen Organisation Arbeitsloser
- Einbeziehung Arbeitsloser in gewerkschaftliche Kämpfe

**Iris-Cirkel Kuhlmann
Remscheid, Mitglied
ÖTV-Kreisjugendausschuss**

ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren.... und

habe 9,60 DM auf das Postcheckkonto VORAN zur sozialenistischen Demokratie, Nr. 2500 59-430, Postfach Essen überwiesen (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung erfolgt ab Nr. 75 nach Zahlungseingang.

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Name:

Anschrift: